

Vollziehung des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates

am 3. Februar 1919 im Konventsaaale der Börse.

Tagesordnung:

1. Gegenwärtige Situation;
2. Beschlußfassung über die Resolution des Rates der Volksbeauftragten, des Vollzugsrates und der Bremerhavener und Hamburger Verbände;
3. Eventuelle Wahl einer neuen Staatsregierung.

Eröffnung der Sitzung 2.10 Uhr. (Festgesetzter Anfang 1 Uhr.)

Otto Lindau führt den Vorsitz.

V o r s.: Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:

1. Gegenwärtige Situation.
2. Beschlußfassung über die Resolution des Rates der Volksbeauftragten, des Vollzugsrates und der Bremerhavener und Hamburger Verbände.
3. Eventuelle Wahl einer neuen Staatsregierung.

Bevor ich die Versammlung eröffne, möchte ich mitteilen, daß ich den Genossen Blase von der Mehrheitspartei an den Vorstandstisch gerufen habe. Genosse Blase hat vorhin drüben mit uns beraten; ich glaube, es erhebt sich kein Widerspruch.

Dann, Parteigenossen, gebe ich dem Genossen Armigart aus Bremerhaven zu einer kurzen Erklärung das Wort.

A r m g a r t: Genossen und Kameraden! Es ist dem Ernst der Stunde entsprechend, wenn wir eine kurze Erklärung vorausschicken. Im Namen meiner Hamburger Kameraden vom 9. Armeekorps und in meinem und meiner Kameraden Namen von Bremerhaven erklären wir, daß wir in dem Anmarsche der Division Gerstenberger nicht eine Gefahr für Bremen, nicht eine Gefahr für eine bestimmte Partei erblicken, sondern eine Gefahr für die Revolution überhaupt. (Sehr richtig!) Eine nähere Erläuterung hier zu geben, ist nicht der Platz. Genossen, in der Armee Gerstenberg marschiert die Reaktion und

selbst eine Regierung. Ober-Scheidemann-Roske würde die Reaktion Gerstenberg, wenn sie hier auch weiterhin Erfolg erzielt, nicht aufhalten können, da die Division Gerstenberg sich nicht mehr die Gewalt nehmen lassen würde. Dadurch ist sie zu einer Gefahr für das gesamte Proletariat geworden. Wenn wir in diesem Augenblicke das erkennen, dann erübrigt es sich fast, was wir Euch sagen möchten, daß in diesem Momente aller Parteihader aufhören muß. Verkennen wir diese historische Stunde nicht, Genossen! Hier ist der Moment, wo wir uns wieder zusammensinden müssen. Dieser Augenblick muß uns zusammenschweißen fester denn je, und daß wir uns auf einem Boden zusammensinden, und daß wir einem Ziele zustreben, darum haben wir diesen Vorschlag unterbreitet. Wir sind bereit, unter dieser Bedingung alle Bürgschaften dafür zu übernehmen, daß das durchgeführt wird, was wir verlangen und zur Durchführung bringen wollen. Es liegt also bei den Parteigenossen, diese Resolution so einstimmig wie möglich anzunehmen. Und wir bitten, daß alles das, was gewesen ist, wer die Schuld trägt, jetzt nicht erörtert werden sollte, sondern daß man sich des Ernstes der Stunde bewußt ist und von diesem Ernste getragen das bedenkt, was uns alle nützt. (Bawo!)

1. Gegenwärtige Situation.

V o r s.: Ich möchte erklären, daß ich Wortmeldungen nur schriftlich entgegennehme.

T r a s n k i e w i c z: Parteigenossen! Täglich ändert die Revolution ihre Physiognomie. (Zuruf: Warte noch ein bißchen.) Es wurden in dem Saale Zeitungen verteilt. Bei der allgemeinen Unruhe

wird der Redner nicht verstanden. Als wieder Ruhe eingetreten war, beginnt der Redner von neuem.) Parteigenossen! Ich sagte, täglich ändert die Revolution ihre Physiognomie. Als bei Ausbruch der Revolution die Soldaten und Arbeiter den alten, morschen, kapitalistischen Staat in seinen Grundfesten erschütterten, hat man nicht bei Ausbruch der Revolution gefragt, wer bist du, und wohin gehörst du, und was willst du, sondern man hat gemeinsam mit den Genossen, ganz gleich wo er hingehörte, daran gearbeitet, um den Militarismus zu stürzen. Die Bourgeoisie, die Kapitalistenklasse war bei Ausbruch der Revolution Deutschlands betäubt. Erst nach und nach, allmählich erholte sich die Bourgeoisie aus ihrer Betäubung, kam zur Besinnung und hat im Laufe der letzten Wochen und Tage sich eine Richtlinie gesteckt, nach der sie systematisch dem Proletariat vertritt, die Errungenschaften der Revolution zu entreißen. In Nordwestdeutschland hat die Physiognomie der Revolution ganz besonderen Ausdruck erhalten. Norddeutschland, speziell Bremen war bisher als der radikalste Ort neben Leipzig bekannt. Schon in Friedenszeiten wußten wir, wie man von Seiten des Bürgertums und der Kapitalistenklasse über das revolutionäre, Klassen- und zielbewußte bremische Proletariat gerichtet und gehandelt hat. Es ist bedauerlich, daß durch den Ausbruch des Krieges das Proletariat sich zerfleischt, zerspalten und den Kampf gegeneinander geführt hat, anstatt die ganze Kraft gegen den Todfeind des Proletariats, gegen den Kapitalismus zu wenden. Heute steht das bremische Proletariat, soweit es auf dem Boden der Revolution steht, in einer Stunde so ernst, so inhaltschwer, wie bis jetzt noch nie. Wir haben es heute, glaube ich, in der Hand, ein drohendes Gewitter, das sich im Anzuge befindet, abzuwehren. Hier und da haben ja leider schon zuckende Blitze einzelne Opfer gefordert. Wir haben, wie mir berichtet, auf unserer Seite 8 Tote, auf der Gegenseite vielleicht doppelt so viele Tote und Verwundete. Parteigenossen! Wir haben es heute in der Hand, diesem Gewitter Einhalt zu gebieten, damit nicht noch mehr Proletarierblut fließt, das hektoliterweise in tausendfacher Zahl während der 4½ Kriegsjahre im Interesse des Kapitalismus geflossen ist. Wir Proletarier, gleich welcher Parteirichtung wir angehören, haben es heute in der Hand, zu entscheiden, ob wir wollen dem rollenden drohenden Gewitter Einhalt gebieten. Erfolgt die Einigung des bremischen Proletariats heute nicht, dann müssen wir mit dem Rüstzeug der Barbaren, mit Plinte und Schwert, wie es in dem Liede der Marseillaise heißt, unsern Willen durchführen. Ich möchte im Interesse aller, — und wir alle sind die Leidtragenden, wenn der Kampf, der jetzt entbrannt ist, sich noch mehr zuspitzt — bitten, allen Parteihader beiseite zu lassen, alle die Toten ruhen zu lassen und jetzt in dem Momente nicht

an die Vergangenheit, sondern an die Gegenwart und Zukunft zu denken, die vor uns liegt. Mit Recht hat der Vertreter von Bremerhaven gesagt, es handle sich nicht nur um das bremische Proletariat, um die bremischen Errungenschaften in der Revolution, um die bremischen Angelegenheiten, sondern es handle sich um die Angelegenheiten des gesamten deutschen Proletariats. Das was heute, sagen wir einmal unter der Maske der Firma Ebert-Scheidemann-Roske geschieht, denn die sind verantwortlich für die Division Gerstenberg, die vor den Toren Bremens wartet, denn der Hauptmann Danner hat in der Sonabend Nacht erklärt, daß er den Befehl seines Genossen Roske mit eigner Konsequenz rücksichtslos durchführen werde, was in seiner Macht steht, ich bin der Meinung, es ist nicht der Wille der Regierung Ebert-Scheidemann-Roske, daß ein Blutbad in Bremen angerichtet werde, sondern es sind konterrevolutionäre Elemente, die das Argument „Entwaffnung des Proletariats“, „Herstellung geordneter Zustände“ nur benutzen, um der Revolution den Garaus zu machen. Ich bin der Meinung, daß die Konterrevolution jetzt mit Riesenschritten dahineilt, um uns das Heft aus der Hand zu nehmen. Wir haben heute in der Sitzung des Vollzugsrates und des Rats der Volksbeauftragten beschließen, zu versuchen, in Bremen eine Einigkeit der gesamten Arbeiterschaft, des gesamten Proletariats herbeizuführen, um durch die Einigkeit, die wir herbeiführen, zu versuchen, das drohende Blutbad zu verhindern. Folgende Richtlinien haben wir ausgearbeitet und legen sie Ihnen vor. Sie lauten:

1. Rücktritt der jetzigen Regierung und Bildung einer neuen Regierung, die zusammengelehrt ist unter Mitwirkung aller sozialistischen Parteien nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen zur Wahl des A. und E. Rats.
2. Die bewaffneten Arbeiter erklären sich bereit, die Waffen abzugeben an die einrückenden Hamburger und Bremerhavener Truppen, die alsdann die Sicherung Bremens übernehmen und den Sicherheitsdienst organisieren. Die Kommandostelle der Sicherungstruppen unterstellt sich voll und ganz der paritätisch zusammengesetzten Bremer Regierung.
3. Die Division Gerstenberg verpflichtet sich, in den jetzigen Stellungen zu verbleiben und den Einmarsch der Hamburger und Bremerhavener Truppen nicht zu behindern. Nach dem Einmarsch dieser Truppen rückt die Division Gerstenberg ab.

Parteigenossen, einstimmig ist diese Resolution in der Sitzung, die ich soeben nannte, angenommen worden. Auch die Vertreter der äußersten Linken, die Kommunisten, haben einstimmig dafür votiert. Nun handelt es sich um die praktische Durchführung dieser Richtlinien, die in der Resolution festgelegt sind. Ueber die Frage „Rücktritt der Regierung“

sind wir alle einer Meinung und gehen konform. Ich glaube, da wird kein Widerspruch von irgend einer Seite erhoben werden. Ueber die Frage „Ablieferung der Waffen“ wird nicht gleich eine Einigung zu erzielen sein. Ich wünsche aber, ich irrte mich, und es wäre auch auf diesem Gebiete eine Einigkeit vorhanden; ich wünsche speziell, daß diejenigen, die auf der äußersten Linken stehen, in dieser Beziehung den Richtlinien, sowie sie verstanden werden sollen, Rechnung tragen und sich ebenfalls diesen anschließen.

Parteigenossen! Ich will durchaus nicht durch die Entwaffnung des Proletariats das Proletariat wehrlos gemacht sehen, es seinem Todfeinde, der besitzenden Klasse, ausliefern. Ich bin der letzte, der so etwas empfehlen könnte. Aber es sind taktische Gründe, die mich zwingen, zu empfehlen, daß diese Richtlinien anerkannt werden. Denn die Ablieferung der Waffen an die Depots soll nicht erfolgen, um das Proletariat zu entwaffnen, sondern die Waffen in den Depots sollen unter der Aufsicht der Hamburger und Bremerhavener Soldaten bleiben und sollen gerade zur Sicherung der Revolution dienen. Es sollen ja nicht nur diejenigen Arbeiter entwaffnet werden, die auf der äußersten Linken stehen, sondern auch alle diejenigen, die auf der äußersten Rechten stehen. Ich bin der Meinung: es wird uns vielleicht heute gelingen, eine Einigkeit unter der gesamten sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu erzielen, so daß man dann vielleicht von einer rechtssozialistischen Partei nicht mehr zu reden braucht. Solange wir Parteien haben, werden wir natürlich die Gegensätze in ihnen nicht ausgleichen, wir werden immer Extreme in der Partei haben, die es verstehen, Del ins Feuer zu gießen, wenn es angebracht ist. Also, unsere ganze Aufgabe heute in der Vollziehung des A- und S.-Rats muß sein, eine Einigkeit unter der gesamten bremischen Arbeiterschaft im Interesse der Revolution zu erzielen und nur die Einigkeit der bremischen Arbeiterschaft im Interesse der Revolution zu fördern und alles das, was in den Richtlinien, die ich Ihnen zur Annahme empfehle, auch anzunehmen von Seiten der Vertreter hier in der Vollziehung des A- u. S.-Rats. Dann, Parteigenossen, kommt die zweite Frage: wie, wenn dann noch die Firma Gerstenberg darauf besteht, für Ruhe und Ordnung in Bremen zu sorgen, selbst wenn die Einigkeit unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft erzielt ist, dann, Parteigenossen, ist die Frage nach meiner Logik so zu beantworten, daß, wenn die Firma Gerstenberg in Bremen einzieht, dann das gesamte bremische Proletariat sich wie ein Mann erhebt und sich dem Einmarsch dieser Firma entgegen stellt. Und nicht nur das bremische Proletariat wird sich dann wie ein Mann erheben, sondern das gesamte Proletariat Nordwestdeutschlands. Es sind in dieser Beziehung, soweit die Vertreter von Hamburg, Bremerhaven usw. hier anwesend waren,

alle einer Meinung, daß das bremische Proletariat es nicht dulden darf und jede Unterstützung gleich welcher Art erhält, wenn die bremische Arbeiterschaft selbst in der Lage ist, geordnete Zustände durchzuführen, selbst sich eine Regierung auf Grund der Machtverhältnisse, wie sie vorliegen, zu konstituieren und dann Elemente konterrevolutionärer Natur, die von außen kommen, um die Errungenschaften der Revolution, der gesamten Arbeiterschaft niederzuwerfen, diese nicht über sich ergehen lassen wird. Es würde dann ja auch ein Sturm der Entrüstung sich in ganz Deutschland entfachen. Hunderttausende und Hunderttausende Arbeiter würden gerade in den wirtschaftlich wertvollsten Betrieben ihre Arbeit einstellen, Generalstreik in den Ruhrkohlenbezirken würde entstehen, überall würde es einziehen, um die Solidarität dem bedrohten bremischen Proletariat gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Aber, Parteigenossen, wir wollen nicht, daß derartiges entsteht, wir brauchen Kohlen, um den Wirtschaftsprozeß in unserm Lande sicherzustellen. Denn wir sind alle der Meinung: wo die Bergleute die schwarzen Diamanten nicht an die Oberfläche befördern, da können die Arbeiter nicht produzieren, wenn die Arbeiter nicht produzieren können, dann können sie keine Werte schaffen, Werte schaffen, die wir in der sozialistischen Republik auch gebrauchen und gebrauchen müssen. Ich stehe nun auf dem Standpunkt, daß wir ohne Arbeit nicht leben, nicht existieren können. Arbeit adelt den Menschen, und wir sind stolz darauf, daß wir Arbeiter sind, stolz darauf, daß wir das, was wir unter Mühsal errungen haben, auch mit aller Macht erhalten wollen. Parteigenossen! Wir wollen diesen Kampf nicht. Wollen ihn aber die Konterrevolutionäre, nun gut, wir sind gerüstet und nehmen den Kampf auf, und wenn der starke Arm des Proletariats es will, dann stehen alle Räder still, darüber sind wir alle einer Meinung. Falls es der Regierung Ebert-Schridemann-Roske nicht gelingt, die Firma Gerstenberg zurückzuziehen, falls diese Bedingungen die Richtlinien sein werden, dann, Parteigenossen, wird es meines Erachtens nach der Firma Gerstenberg, die vielleicht nur unter falscher Flagge reist, indem sie sich hinter dem Schild des Rats versteckt, es auch nicht gelingen, die Revolution niederzuwerfen. Wir können wohl äußerlich besiegt werden, wir können vielleicht für eine kurze Zeit zurückgedrängt werden, aber wir würden Mittel und Wege finden, um die Scharte wieder auszuweken. Hoffen wir, daß es nicht notwendig sein wird, den Kampf mit äußerster Rücksichtslosigkeit, mit Waffengewalt zu Ende zu führen. Ich würde es sehr bedauern. Es würde mich sehr schmerzlich berühren, wenn ohne unsere Schuld noch viele unserer Parteigenossen des Proletariats ihr Leben lassen müßten, das für uns und die Revolution wertvoll ist und erhalten bleiben sollte. Parteigenossen! Es

ist nicht der Augenblick, Reden zu halten, sondern zu handeln. Ich ersuche Sie, ganz gleich, welcher Richtung Sie angehören, diese von mir vorgelegten Richtlinien anzunehmen! (Bravo.)

Bäumer: Im Auftrage der Fraktion der Internationalen Kommunisten Deutschlands (Spartakusbund) gebe ich folgende Erklärung ab: Die Voraussetzungen für das Zusammenarbeiten, wie sie heute in den Beratungen der Volksbeauftragten mit dem Vollzugsrat und den Vertretern von Hamburg und Bremerhaven ausgearbeitet wurden, sind auch für den Beschluß der Fraktion bindend. Es gilt heute nicht, die politischen Gegensätze zu liquidieren, es gilt heute, den gemeinsamen Feind, die Reaktion, die Konterrevolution zu bekämpfen. Auf Grund der rein strategischen Notwendigkeit schließen sich die Internationalen Kommunisten den Vereinbarungen an. (Bravo.)

Waigand: Parteigenossen! Ich habe 16 Jahre in diesem Saale die Interessen der Arbeiter vertreten gegen die Reaktion, gegen diejenigen, die sich gegen die Interessen des Sozialismus gewandt haben. Und jedes Jahr haben wir Bericht erstattet, und es ist selten vorgekommen, daß Genossen mit unserer Tätigkeit nicht einverstanden gewesen sind. Die bremischen Arbeiter sind es gewesen, die das parlamentarische Leben Bremens aus dem spießbürgerlichen Geplauder zu einer politischen Debatte geführt haben. Die Arbeiter Bremens sind es gewesen, besonders unter der Führung Eberts, die diese Arbeit vollbracht haben. Und wenn mich auch die Revolution etwas von links nach rechts geworfen hat, so sehe ich darin kein Unglück, und ich bin der Meinung des Genossen Frankiewicz, daß ein Zusammenarbeiten möglich ist. (Bravo.) Zu der Erklärung des Bremerhavener Vertreters muß ich allerdings sagen, daß er meiner Ueberzeugung nach nicht richtig informiert sein kann darin, daß diese Truppen dort in reaktionären Diensten stehen. Parteigenossen! Wir von der Mehrheitssozialdemokratie, wir waren in Bremen rechtlos, weil wir machtlos waren. Wir konnten an den Sitzungen des Arbeiterrats nicht teilnehmen, weil wir nicht zugelassen waren. Man hat in jeder Beziehung an unserer Ehrlichkeit gezweifelt, hat uns außerhalb des kämpfenden Proletariats gestellt, hat uns aufs schwerste beleidigt. Mir ist noch keine ähnlich schwere Beleidigung im Leben zugefügt worden (Sehr richtig!), wie die, daß man mich als Sozialisten, als Proletarier für unehrlich hielt und mich ausschloß aus den Reihen der Arbeiterschaft. Aber es soll heute vergessen sein (Bravo!), es soll heute nicht aufgebracht werden, sondern ich will bloß unsern Standpunkt darlegen. Wir sind in unserer Fraktion zu dem Entschluß gekommen, mit Ihnen zusammen die Resolution anzunehmen. (Bravo!)

Parteigenossen! Aber Ehrlichkeit gegen Ehrlichkeit! (Sehr richtig!) Das sage ich frei heraus: wer heute lügt, wer heute seine Brüder belügt, der begeht etwas schlimmeres, als wer seinen Bruder totschießt. Im Vertrauen auf euer Wort, daß ihr die Waffen niederlegen wollt, im Vertrauen auf das Wort der Bremerhavener und der Hamburger Genossen, daß sie die Waffen schützen und nur herausgeben werden, wenn die Revolution in Gefahr ist, in diesem Vertrauen stimmen wir der Resolution zu. Haben wir uns getäuscht, dann sind wir schlimmer daran, als wenn sie uns heute an die Wand stellen und uns niederschießen, denn dann hätten wir unsere Auftraggeber verraten, dann hätten wir ihnen großes Unglück zugefügt, dann ständen wir wieder vor der alten Tatsache, daß wir gegeneinander kämpfen müssen, daß wir waffenlos sind, ihr aber Waffen in der Hand habt.

Die Soldaten vor unseren Toren sind größtenteils Parteigenossen von uns. (Widerpruch. Lachen.) Lachen Sie nicht. Es sind zum großen Teile Leute, die unsere Genossen sind, wenn sie auch vor der Revolution noch nicht zu uns gehört haben. Diese Truppen sind meiner Ueberzeugung nach unsere Genossen. Ich habe mit Führern gesprochen. Hauptmann Danner und ebenso Leutnant von Prigelowitz haben es selbst bekundet, sie haben uns als Genossen angesprochen und uns versichert, sie seien Sozialisten. (Heiterkeit.) Hauptmann Danner und Leutnant von Prigelowitz haben das erklärt, und ich kann mir nicht denken, daß die Leute lügen. Man muß ihnen Vertrauen entgegenbringen. (Zurufe.)

Wenn wir heute zueinander stehen um gemeinsam unsere Sachen zu regeln, so tun wir es, indem wir hoffen, daß die Zustände, wie sie in Bremen geherrscht haben, vorbei sind. Wir haben in Bremen zu Beginn der Revolution die feste Hoffnung gehabt, wir könnten zusammengehen. Sie haben uns gerufen am ersten Tage, und ich bin gekommen. Ich glaube, es geschah dann auf Anregung von Ertinger, daß man nicht geneigt war, mit uns zusammen zu arbeiten. Auch später bei Durchführung des Streiks haben wir uns bereit erklärt, mit dem übrigen Genossen zusammen zu arbeiten. In beiden Fällen wurde uns das als Aufbringlichkeit ausgelegt, in beiden Fällen wurden wir nicht als solidarische Arbeitsgenossen anerkannt, und wir wurden sogar in Versammlungen angegriffen. Das geschah vor allem von Leuten, die vor dem Kriege nicht die Energie hatten, für die Sozialdemokratie einzutreten. (Sehr richtig!) Jetzt aber, wo die Situation kritisch geworden ist, weiß man uns wieder zu finden und hat uns zu Verhandlungen eingeladen. Ich bin dem Rufe gefolgt, bin nach dem Rathaus gegangen und habe mit den Genossen, mit dem Rat der Volksbeauftragten verhandelt und diskutiert, um zu verhindern, daß die Truppen in Bre-

men einziehen, da die bremischen Arbeiter ihre Angelegenheiten selbst regeln wollen. Es wurde uns bei den Verhandlungen ausgeführt, daß die Bedingung dafür sei, daß die Arbeiter ihre Waffen abliefern. Nur unter dieser Bedingung können wir unsere Zustimmung geben. Wie ich seit 16 Jahren stets betont habe, daß wir gleiches Recht für alle fordern, so sage ich auch jetzt: gleiches Recht für alle, für Sie und für uns! Die Waffen werden also abgeliefert, und wir vertrauen darauf, daß die Gewehre nur im Interesse der Revolution wieder verteilt werden. Bäumler hat dem zugestimmt, aber wir sind im Zweifel, ob die Erklärung Bäumlers ausreicht, ob die bewaffneten Arbeiter bereit sind, im Sinne ihrer hier anwesenden Vertreter zu handeln. Wir können nichts weiter tun, als daß wir eine Garantie, eine Sicherheit dafür verlangen, daß, wenn die fremden Regierungstruppen abziehen, die bremischen Arbeiter anstatt Flinten zu tragen wieder an ihre Arbeit gehen.

Das wäre, was ich zu sagen habe, und ich habe die Hoffnung, daß Treue und Glauben bei uns nicht getäuscht wird.

Dann aber möchte ich doch noch eins sagen, daß die zu bildende Regierung selbstverständlich die Autorität besitzen muß und daß ihr die Waffen unterstehen müssen und daß dem entsprechend auch gehandelt werden muß.

Starke Parteigenossen! Im Namen der U. S. P. Bremens kann ich folgende Erklärung abgeben: Wir als U. S. sind der Meinung, daß die Einigkeit die größte Pflicht der Arbeiterschaft ist. Und weil das unsere Pflicht ist, sind wir einstimmig dahin gekommen, voll und ganz dieser Resolution zuzustimmen. Wir wollen unser Wort ehrlich halten, weil wir ehrliche Männer waren und sind. (Beifall.)

Freie Parteigenossen! Unser Genosse Waigand sprach vorher davon, daß die Truppen, die vor unseren Toren stehen, nicht als reaktionär anzusehen seien. Der Hauptmann Danver hat uns allerdings als Parteigenossen angeredet. Aber, Genossen, wie Sie in den „Bremer Nachrichten“ gelesen haben werden, haben sich dem Korps auch Bremer Freiwillige zur Verfügung gestellt unter Major Caspari. (Rufe.) Einen von diesen Freiwilligen habe ich heute in eine Arrestzelle eingesperrt; es ist ein Leutnant, der sich dem Korps zur Verfügung stellen wollte. Wenn ein Mann, der uns Parteigenossen nennt, sich mit solchen Elementen gegen seine eigenen Parteigenossen verbündet, so kann der kein Parteigenosse sein. (Rufe: Ein Schuft!)

Zur Resolution kann ich den Standpunkt meiner Kameraden dahin erklären, daß sie sich voll und ganz auf den Boden dieser Resolution stellen.

Ruf: Parteigenossen! Als Vertreter des Obersten Soldatenrats in Hamburg habe auch ich eine kurze Erklärung abzugeben. Ich habe es natürlich für meine Pflicht gehalten, abzuwarten, welche Erklärungen die einzelnen Parteivertreter abgeben würden. Wir haben es für unsere Aufgabe gehalten, unseren Bremer Parteigenossen uns zur Verfügung zu stellen, um im gegebenen Augenblick vermittelnd und helfend eingreifen zu können. Es konnte von vornherein nicht unsere Aufgabe sein, ohne offizielle Aufforderung seitens der Bremer Regierung und Arbeiterschaft in irgend einer Form einzugreifen. Wir sehen uns aber veranlaßt, von unserem Standpunkt aus den leitenden Genossen klipp und klar die Dinge vor Augen zu führen, wie wir sie beurteilen. Es war mein Vorschlag, in dieser Form an die Arbeiterschaft Bremens heranzutreten, um in diesem ernsten, kritischen Moment zu versuchen, eine Einigkeit in der Bremer Arbeiterschaft herbeizuführen. Gelingt uns das, so kann ich sagen, daß es keine bessere Mission gibt, die so gern zu erfüllen ist, wie eine derartige Mission. Ich setze ohne weiteres voraus, daß an den Erklärungen der Vertreter der einzelnen Parteien in keiner Beziehung gezwweifelt werden darf. Ich möchte aber gleichzeitig erklären: Wenn unseren Vorschlägen nicht Rechnung getragen wird, ist es zu Ende mit unserer Hilfe, die wir für die Bremer Arbeiterschaft zur Verfügung stellen wollen. Und andererseits, wenn unserer Forderung Rechnung getragen werden soll, muß auch die gesamte bremische Arbeiterschaft in jeder Beziehung bis auf den letzten Mann rückhaltlos dieser Forderung Rechnung tragen. Geschieht das nicht, dann allerdings muß ich sagen, daß dann gegen Treu und Glauben verstoßen wäre, und würden wir uns veranlaßt sehen, gegen diese Leute einschreiten zu müssen, weil wir uns in demselben Augenblick von diesen Parteigenossen scheiden müßten. Also Treu und Glauben in diesem ernsten Augenblick muß unter allen Umständen unter uns herrschen. Des wollen wir und müssen wir uns voll bewußt sein. In diesem ernsten Augenblick ist es nicht unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß diese Truppenmassen der Regierung zurückgeschlagen werden. Darum dreht es sich nicht. Unsere Aufgabe, die Aufgabe aller Sozialdemokraten ist es zunächst, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu versuchen, daß nicht Hunderte und Tausende von Menschenleben nutzlos geopfert werden. Das soll unsere vornehmste Aufgabe sein. Deshalb haben wir uns erbötig gemacht, die Sicherheit Bremens unter allen Umständen zu gewährleisten. Diese Maßnahmen können natürlich nur in freundschaftlicher Weise mit der Unterstützung der bremischen Arbeiterschaft vor sich gehen. (Rufe.) Weiter möchte ich auf Wunsch Ihrer Parteigenossen erklären, daß selbstverständlich, wenn in dieser Form eine Einigkeit zustande kommt, daß wir dann selbstverständlich unse-

ren Vorschlägen entsprechend unter Leitung der Bremer Regierung und der Bremer Arbeiterschaft unsere Maßnahmen durchführen werden. Ich glaube, Parteigenossen, daß wir uns bei diesen gegenseitigen Erklärungen nun wohl bescheiden können, damit wir unsererseits die nötigen Maßnahmen treffen, um nach jeder Richtung hin unseren Forderungen den nötigen Nachdruck geben zu können.

Vors.: Es ist noch ein Zusatz zum zweiten Satz der Resolution eingegangen: Die Kommando-stelle der Sicherungstruppe unterstellt sich voll und ganz der paritätisch zusammengesetzten Bremer Regierung.

Vors.: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Das Amendement zu Punkt 2 der Resolution wird angenommen.

Die Resolution wird angenommen.

Vors.: Ich stelle fest, daß die Resolution einstimmig angenommen ist (Bravo!)

Wir hätten dann die Wahl der bremischen Regierung vorzunehmen. Da die Regierung aus neun Mitgliedern besteht, würden nach dem Verhältnis der in Bremen bei den Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat abgegebenen Stimmen die Mehrheitssozialisten vier Vertreter erhalten, die U. S. drei, die Kommunisten zwei.

Es ist noch ein Antrag eingegangen, der auf dasselbe hinausläuft und außerdem eine sechsgliedrige Kommission gewählt wissen will, die die Wahlen zum Vollzugsrat und für die einzelnen Volkskommissariate in der morgigen Sitzung des U. und S.-Rats vorbereiten soll.

Zur Geschäftsordnung

Bäumer: Parteigenossen! In dem ersten Punkt der Resolution findet sich ein Widerspruch. Es heißt zuerst, daß die neue Regierung paritätisch zusammengesetzt sein soll, und sodann, daß sie unter Mitwirkung aller sozialistischen Parteien nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen zur Wahl des U. und S.-Rats zusammengesetzt sein soll. Paritätisch wäre die Regierung zusammengesetzt, wenn dazu drei Mehrheitssozialisten, drei Unabhängige und drei Kommunisten gehörten. Es ist aber ein Widerspruch, wenn verlangt wird, daß sie paritätisch und zugleich nach dem Stimmverhältnis der einzelnen Parteien zusammengesetzt sein soll. Wenn so gewählt werden soll, wie der Vorsitzende sagte, dann muß das Wort „paritätisch“ glatt gestrichen werden.

Vors.: Ein Antrag ist nicht gestellt.

Schelter: Es ist notwendig, daß wir zu dem gemachten Vorschlag in den Fraktionen erst Stellung nehmen. Wir haben in den Fraktionen über die Frage noch nicht gesprochen, und das ist doch notwendig. Wir können die Wahlen nicht so ohne weiteres vornehmen.

Seiz: Ich bitte, einige Bemerkungen machen zu dürfen. Während wir heute tagen, wird draußen bereits gekämpft, und es ist bereits um Sanitätswagen telephoniert. Ich bitte auch die Genossen, sich sofort zu melden, da dringend Hilfe angefordert wird. Es soll sofort durch Autos Hilfe gebracht werden. (Zurufe: Kazzette auffordern!)

Waigand: Ich meine, daß wir zur Frage der Regierung erst Stellung nehmen können, wenn die Entwaffnung der Arbeiter ganz geregelt ist. Wir können heute noch nicht die neue Situation überschauen, sondern das werden wir erst können, wenn der erste Absatz der Resolution durchgeführt ist. Vorkünftig wird gekämpft, und wir müssen vor allem zu erreichen suchen, daß der Kampf eingestellt wird. Die Entwaffnung der Arbeiter ist proklamiert, die Proklamation ist aber wirkungslos.

Vors.: Was Genosse Waigand sagt, ist richtig. Vor allem muß dafür gesorgt werden, daß dem Blutvergießen ein Ende gemacht wird. Es müssen aber konkrete Vorschläge gemacht werden.

Dannat: Ich halte es auch nicht für richtig, im gegenwärtigen Augenblick die neue Regierung zu wählen. Wir haben die Wahl einer neuen Regierung grundsätzlich beschlossen und stehen jetzt noch in der Debatte darüber. Wenn wir aber schon jetzt die neue Regierung wählen wollten, würde das nur eine Komödie sein. Wir können Gerstenberg erklären, daß wir die Neuerung grundsätzlich getreuen haben. Die Vornahme der Wahl ist nur eine Form. Ich beantworte, die Sache zu vertagen.

Stodhinger: Was ich sagen wollte, ist erledigt.

Diawitter: Es liegt noch ein Antrag von den U. S. vor, eine Kommission von je zwei Mitgliedern jeder Fraktion zu wählen, um die Wahl vorzubereiten. Wir müssen die Sache doch in die Wege leiten.

Rufe: Zur Geschäftsordnung!

Vors.: Es liegen schon sieben Anträge zur Geschäftsordnung vor.

Starker: Ich möchte vorschlagen, um die Parität zu wahren, den gegenwärtigen Rat der Volksbeauftragten bestehen zu lassen und von den Mehrheitssozialisten drei hinzuzuwählen.

Vors.: Das geht nicht.

Fraunhofer: Parteigenossen! Ich möchte Ihnen empfehlen, eine Kommission, paritätisch aus allen drei Richtungen zusammengesetzt, zu wählen und dieser Kommission den Auftrag zu geben, Vorschläge für die Wahl zu machen, die dann in der morgigen Vollversammlung des A. und S.-Rats vorzunehmen wäre. Weiter möchte ich bemerken, daß von einer Entwaffnung des Proletariats doch nicht eher geredet werden kann, als bis der Feind vor den Toren aufhört, Feind zu sein. (Sehr richtig!) Darüber müssen wir uns jetzt klar werden, damit kein Mißverständnis entsteht. — Wir können das Proletariat nicht vorher entwaffnen. Wir wissen, daß der größte Teil der Division Gerstenberg konterrevolutionär gesinnt ist, darum müssen wir Sicherheitsmaßnahmen treffen. Ich empfehle, eine Kommission zu Gerstenberg zu schicken und ihm mitzuteilen, daß eine Einigung erfolgt ist, und ihm weiter mitzuteilen, daß die Waffen abgeliefert werden sollen, und daß Gerstenberg ersucht werde, abzugeben von den Toren Bremens, daß die A. und S.-Räte von Hamburg und Bremerhaven dann Truppen hereinbringen, die in Bremen für Sicherheit und Ordnung zu sorgen haben. (Zuruf: von verschiedenen Seiten: Zur Geschäftsordnung? — Ich bitte ums Wort!)

Vors.: So geht das nicht weiter.

Fraunhofer: Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß das Proletariat die Waffen an die Truppen aus Hamburg und Bremerhaven abzuliefern hat, wenn diese als Sicherheitstruppen eingesetzt sind. Ihnen werden die Waffen abgeliefert.

Bäumer: Zur Geschäftsordnung!

Vors.: Es muß schnellstens gehandelt werden. Nachdem alle Parteien gesprochen haben.

Bäumer: Auf Grund der angenommenen Resolution, die das Ergebnis von Besprechungen der hiesigen Vertreter der wiederholt genannten Vereinigungen mit Vertretern des Obersten Soldatenrats in Hamburg ist, soll das Proletariat die Waffen erst abliefern, wenn Gerstenberg abgezogen ist. (Sehr richtig! — Lebhafter Widerspruch.)

Vors.: Parteigenossen! Ich bitte um Ruhe.

Wagand: Parteigenossen! Bäumer ist Rechtsanwalt, Jurist. Ueber Juristen habe ich während meiner Tätigkeit in der Bürgerschaft immer gesagt, daß sie immer alles drehseln, dreheln und auf den Kopf stellen. In der Resolution steht, daß die Hamburger und Bremerhavener Truppen in Bremen einrücken und hier den Sicherheitsdienst übernehmen sollen und daß die Proletarier ihre Waffen solange in ihren Händen behalten und dann an die Hamburger und Bremerhavener abgeben sollen. (Zuruf: Das hat Bäumer auch gesagt! Heute: Nein, das hat er nicht gesagt!) Das hat er nicht ge-

sagt, sondern er hat gesagt: Das Proletariat behält die Waffen solange, bis Gerstenberg abgezogen ist. Das ist zweierlei. Ich bin bereit, mich mit Verden in Verbindung zu setzen, um zu erreichen, daß das Blutvergießen sofort ein Ende nimmt. (Zuruf: von der kommunistischen Seite: Da brukt wi di nich to!) So kann es nicht weiter gehen. Es muß Schluß gemacht werden, wir wollen den Kampf nicht mehr. Ich will sofort zum Telephon gehen und mit Hauptmann Danner sprechen, will ihm sagen, was wir beschlossen haben, daß die Waffen abgeliefert werden sollen, daß aber dann, wenn das geschehen ist, die Division auch abziehen muß. (Zuruf: Auf wie lange?) Ich habe schon einmal gesagt: Was wir vereinbaren, muß ehrlich gehalten werden, es darf nicht daran gedeutet werden. Es geht aber nicht, wenn von juristischer Seite ein Redner uns was vormachen und das, was wir eben beschlossen haben, wieder hintertreiben will.

Bäumer: Zur Richtigstellung! Letzten Endes ist das genau dasselbe! (Zuruf: Nein!) Genossen! Ich bin einfach mißverstanden. Heute morgen bei den Verhandlungen im Rat der Volksbeauftragten, in der kombinierten Sitzung mit den Genossen aus Hamburg wurde es so so erklärt, wie ich es gesagt habe.

Wrede-Hamburg: Ich will gleich vorausschicken, daß in den Ausführungen Bäumers ein Irrtum liegen muß. (Ala!) Wir haben gesagt, daß in der Waffenruhe die Division Gerstenberg in ihren Stellungen verbleibt (Sehr richtig!), und daß die Gerstenberg-Division die Hamburger Truppen einmarschieren lassen muß, denen dann die bremische Arbeiterkassette die Waffen abgibt. So war die Erklärung (Sehr richtig!), so war die Auffassung heute vorhanden in unserer Sitzung. (Zuruf: Jetzt auch!)

Vors.: Es sind noch viele Redner angemeldet. Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Kampf eingestellt wird. Ich ersuche Sie, von jeder Fraktion einen oder zwei Mann zu wählen, daß die heute abend in den Versammlungen, die einberufen sind, für unsere Einheit sorgen.

Kaiser: Ich beantrage Schluß der Sitzung. (Zuruf: Schluß der Debatte!)

Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Vors.: Ich bitte um Vorschläge für die Kommission, die sofort hinausgehen muß. Ich glaube, es genügen von jeder Fraktion zwei Mann. Es sind vorgeschlagen von den Mehrheitssozialisten Hüneke und Schelter, von den Kommunisten Müller und Dannat, von den U. S. P. Bögeding und Willem, vom Soldatenrat Frese und Libertin. Ich möchte die Kommission bitten, diese Resolution mit dem Zusatz mit hinaus zu nehmen. Wir müssen auch noch drei Redner bestimmen. Ich bitte um

Vorschläge (Zurufe.) Für die Centralhallen Frasunkiewicz, für das Casino Bäumler, für den Börsensaal Waigand. Die Versammlungen beginnen um 6 Uhr. Die nächste Sitzung möchte ich gleich für morgen 1 Uhr festsetzen.* Ich möchte den Rat der Volksbeauftragten bitten, bis morgen in Permanenz zu tagen, damit er jederzeit erreichbar ist. Damit schließe ich die Sitzung.

Schluß 3 Uhr 22 Minuten.

*) Die für Dienstag, den 4. Februar, 1 Uhr nachmittags, anberaumte Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats hat nicht stattgefunden, da an diesem Tage der Einmarsch der Division Gerstenberg und des Freikorps Caspari in Bremen erfolgte.

Am 5. Februar erschien folgende Bekanntmachung:

An die Bevölkerung Bremens!

Seit dem 10. Januar stand Bremen unter der Gewaltherrschaft einer kleinen Minderheit. Der Wille der Volksmehrheit wurde unterdrückt, die Presse in einer bis dahin in Deutschland unerhörten Weise geknebelt, der von der Gesamtheit der Arbeiterschaft gewählte Arbeiterrat entrechtet, die Waffen aus der Hand derer, denen sie gebühren, in unberufene Hände gegeben, das Privateigentum mißachtet, die Freiheit der Person verletzt, Tausende von Arbeitern mit Waffengewalt an der Arbeit gehindert.

Dieser Miß- und Gewaltherrschaft war es vorbehalten, das erste Blutvergießen in Bremen heraufzubeschwören. Damit nicht genug, haben sich die Gewalthaber offen gegen die Reichsregierung aufgelehnt, unbekümmert um die Gefährdung der deutschen Einheit, unbekümmert darum, daß unsere Feinde einem bolschewistischen Deutschland weder Frieden noch Brot gewähren werden, unbekümmert auch um die Zukunft Bremens, das vom In- und Ausland als Hochburg des Terrors, als Feind der

Freiheit geächtet, dem wirtschaftlichen Untergang entgegengeht.

Das Versprechen einer bremischen Nationalversammlung war nur taktisches Manöver, das haben die maßgebenden Führer selbst erklärt. In Wahrheit sollte am Räteystem festgehalten werden, Bremen in einer bolschewistischen nordwestdeutschen Republik aufgehen.

Mit überwältigender Mehrheit hat Bremens Bevölkerung am 19. Januar gegen eine solche Diktatur entschieden.

Getragen von diesem Willen des Volkes, erklärt im Auftrage der Reichsregierung die von dieser eingesetzte provisorische Regierung den Rat der Volksbeauftragten und den Volkzugsrat für abgesetzt, die Volkskommissariate und den Arbeiterrat für aufgehoben.

Die provisorische Regierung wird unverzüglich nach demokratischen Grundsätzen eine verfassunggebende bremische Nationalversammlung berufen! Diese allein wird über Bremens Zukunft entscheiden, sie wird eine Regierung, die die Vollstreckung des Volkswillens ist, einsetzen und die Verwaltung neu ordnen.

Freiheit der Presse, Freiheit der Person, Sicherheit des Eigentums werden gewährleistet. Ungehemmt soll Bremens Wirtschaftsleben sich wieder entfalten können.

Männer und Frauen Bremens! Alle, die der freie Entwicklung dienen und die Erfolge der Revolution sichern wollen, werden aufgerufen, an der Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit am staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau Bremens mitzuarbeiten.

Aus Wert! Zum Wohle des Volksganzen!

Bremen, im Februar 1919.

Die provisorische Regierung:
Rhein. Dammer. Deichmann. Wellmann.
Winkelmann.